



Pressemitteilung

Energieintensive Industrie fordert die Berücksichtigung heterogener Flexibilitätspotenziale bei der Ausgestaltung der Industriennetzentgelte

Berlin, 05. Juni 2026 – Die energieintensive Industrie sieht in den von der Bundesnetzagentur vorgelegten Orientierungspunkten zu den künftigen Industriennetzentgelten eine gute Grundlage für die weitere Ausgestaltung, mahnt jedoch zentrale Nachbesserungen an. Aus Sicht des Verbands der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V. (VIK) kommt es nun nach der Veröffentlichung qualitativer Orientierungspunkte darauf an, die geplanten Festlegungen eng an den realen betrieblichen Abläufen in der Industrie auszurichten. Eine zentrale Herausforderung droht dabei unterschätzt zu werden: Die Flexibilitätspotenziale der Industrie sind deutlich heterogener, als es regulatorische Standardmodelle häufig unterstellen.

Die Unternehmen können Flexibilität im Stromverbrauch, je nach Branche, Produktionsverfahren und Fertigungsschritt, nur sehr unterschiedlich bereitstellen. In vielen Fällen liegen die Flexibilitätspotenziale nicht unmittelbar in den eigentlichen Produktionsprozessen, sondern vorgelagert bei der Energieversorgung oder Querschnittsprozessen. Gelingt es nicht, diese Anlagen für die Flexibilitätserbringung regulatorisch einzubeziehen, besteht das Risiko, dass die in den Unternehmen unterschiedlich vorhandenen Beiträge zur System- bzw. Netzdienlichkeit nicht abgerufen werden können und so dem System verlorengehen. Dies kann sich der Industriestandort Deutschland in Bezug auf Systemstabilität, Energiewende und aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit nicht erlauben.

„Flexibilität in der Industrie entsteht nicht am Reißbrett, sondern in konkreten betrieblichen Prozessen. Wer regulatorische Anforderungen an der industriellen Realität vorbeiplant, verhindert genau die Flexibilität, die eigentlich mobilisiert werden soll. Industriennetzentgelte müssen für die Breite der Industrie funktionieren und dürfen nicht auf wenige Idealbeispiele zugeschnitten werden“, erklärt VIK-Hauptgeschäftsführer Christian Seyfert.

Aus Sicht des VIK muss das künftige System so ausgestaltet werden, dass möglichst viele energieintensive Industrieunternehmen einen realistischen Zugang zu Netzentgeltentlastungen behalten. Entscheidend ist dabei ein differenziertes Regelwerk, das die große Bandbreite industrieller Strukturen berücksichtigt. Vielfalt industrieller Prozesse anerkennt, statt sie durch pauschale Vorgaben zu nivellieren.

Der VIK sieht insbesondere in drei Punkten dringenden Handlungsbedarf:

- Erstens: Flexibilitätsziele müssen abgestuft und realistisch ausgestaltet werden. Auch Unternehmen mit begrenzten technischen Flexibilitätspotenzialen müssen eine Chance auf substanzielle Entlastungen bei den Industriennetzentgelten behalten. Das Risiko für den Verlust der gesamten Netzentgeltentlastung bei einer Fehlreaktion auf ein Flexibilitätssignal muss minimiert werden.
- Zweitens: Die vorgesehenen Übergangsfristen greifen zu kurz. Zahlreiche Unternehmen haben ihre Produktionsprozesse über Jahre konsequent auf ein bandlastoptimiertes Fahrverhalten ausgerichtet. Diese Strukturen lassen sich innerhalb weniger Jahre nicht grundlegend verändern. Wer industrielle Transformation fordert, muss auch realistische Transformationszeiträume ermöglichen.
- Drittens: Es ist nicht erkennbar, dass sich die Ermittlung einer Referenzlast für alle Unternehmen über ein einheitliches Modell sachgerecht abbilden lässt. Die industrielle Realität ist zu vielfältig für eine „One-

size-fits-all“-Lösung. Hier braucht es deutlich mehr Handlungsspielraum bei den Nachweis- und Bewertungsmethoden.

Darüber hinaus weist der Verband darauf hin, dass nicht nur die relative Höhe von Entlastungen, sondern vor allem die absolute Belastung durch Netzentgelte für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts entscheidend ist. Insgesamt steht für den VIK fest, dass die künftigen Industrienetzentgelte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Systemnutzen und wirtschaftlicher Tragfähigkeit gewährleisten müssen.

„Stromnetzregulierung ist immer auch Industriepolitik – unabhängig davon, ob sie als solche verstanden wird oder nicht. Industrielle Lastflexibilität kann einen wichtigen Beitrag zur Systemstabilität leisten. Sie entsteht aber nicht per Verordnung, sondern muss technisch und wirtschaftlich machbar sein. Deutschland braucht ein System, das Flexibilität anreizt, ohne die industrielle Basis des Landes zu schwächen“, betont Seyfert.

Der VIK ist seit 1947 die Interessenvertretung industrieller und gewerblicher Energienutzer in Deutschland. Er ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband mit Mitgliedsunternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen, wie etwa Aluminium, Chemie, Glas, Papier, Stahl oder Zement. Der VIK berät seine Mitglieder in allen Energie- und energierelevanten Umweltfragen. Im Verband haben sich etwa 80 Prozent des industriellen Stromverbrauchs und rund 90 Prozent der versorgerunabhängigen industriellen Energieeinsatzen und rund 90 Prozent der versorgerunabhängigen Stromerzeugung in Deutschland zusammengeschlossen.

Für weitere Informationen über den VIK, unsere Arbeit und aktuelle Pressemitteilungen besuchen Sie bitte www.vik.de.

Kommentiert [BW1]: Immer nur „anreizen“ nie aktivieren! Wir aktivieren nur, wenn es das jeweilige Unternehmen möchte. Regulatorik darf nur anreizen.